

Gerechte Klimapolitik könnte helfen, extreme Armut zu verringern



Ambitionierte Klimapolitik könnte helfen, extreme Armut in Entwicklungsländern zu reduzieren. Zu diesem Schluss kommt eine neue Studie von Forschenden des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung (PIK) - ein Ergebnis, das im Gegensatz zu der weit verbreiteten Annahme steht, dass die Eindämmung des Klimawandels mit einem Kompromiss bei der Bekämpfung von Armut einhergeht. Um Klimapolitik und Armutsbekämpfung zu einer Win-Win-Situation für Planet und Mensch zu machen, sind eine progressive Verteilung der Einnahmen aus Emissionspreisen und eine faire internationale Lastenteilung entscheidend.

"Klimapolitik schützt die Menschen vor den Folgen des Klimawandels wie extremen Wetterereignissen oder Ernteausfällen. Sie kann aber auch zu höheren Energie- und Nahrungsmittelpreisen führen", so Bjoern Soergel vom PIK, Hauptautor der Studie. "Dies könnte eine zusätzliche Belastung vor allem für arme Bevölkerungsschichten weltweit darstellen, die ohnehin schon anfälliger für Klimafolgen sind. Armutsbekämpfung muss daher in die Gestaltung der Klimapolitik einbezogen werden."

In der Studie, die in *Nature Communications* veröffentlicht wurde, berechnen die Potsdamer Forscher, dass im Jahr 2030 noch etwa 350 Millionen Menschen in extremer Armut (d.h. mit weniger als 1,90 Dollar pro Tag) leben werden, wenn die derzeitige sozioökonomische Entwicklung anhält - und diese Zahl berücksichtigt noch nicht einmal die COVID-19-Pandemie oder die negativen Auswirkungen des Klimawandels. Das UN-Ziel für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goal, kurz SDG), extreme Armut bis 2030 zu beseitigen, wird damit deutlich verfehlt. Bei einer ehrgeizigen Klimapolitik, die dem 1,5°C-Ziel aus dem Pariser Abkommen entspricht, könnten sogar zusätzliche 50 Millionen Menschen in extremer Armut verbleiben.

"Um dies zu vermeiden sollten wir die Bepreisung von Emissionen mit einer progressiven Verteilung der Einnahmen daraus kombinieren", so Soergel weiter. Dies könnte über eine "Klimadividende" erreicht werden: Die Einnahmen werden zu gleichen Teilen an alle Bürger zurückgegeben, wodurch ärmere Haushalte mit typischerweise geringeren Emissionen insgesamt profitieren. Zusätzlich empfiehlt die Studie internationale Klima-Finanztransfers von Industrieländern an Entwicklungsländer. "Zusammengenommen könnte dies tatsächlich den Zielkonflikt zwischen Klimaschutz und Armutsbekämpfung auflösen und in eine Synergie verwandeln", so Soergel.

Mit oder ohne? Die Auswirkungen nationaler Umverteilungspolitik auf die Armut]

Um zu diesen Ergebnissen zu kommen, modellierten die Forscher zunächst eine globale Klimapolitik bestehend aus höheren Emissionspreisen in Industrieländern und zunächst niedrigeren Preisen in Entwicklungsländern. Weiterhin untersuchten sie, wie sich die globale Armut ohne und mit progressiver Verteilung der Einnahmen aus den Emissionspreisen entwickelt.

Ihre Ergebnisse weisen darauf hin, dass die Umverteilung dieser Einnahmen die negativen Auswirkungen von Klimapolitik auf Armut abmildern kann. Insgesamt würde dies sogar zu einer Reduzierung von extremer Armut um etwa 6 Millionen Menschen im Jahr 2030 führen. Es zeigt sich aber auch, dass die nationalen Einnahmen in den meisten Ländern in Subsahara-Afrika nicht ausreichen würden, um die Auswirkungen ambitionierter Klimapolitik auszugleichen ? also gerade in der Weltregion, in der auch extreme Armut am weitesten verbreitet ist.

Finanztransfers von Industrie- zu Entwicklungsländern]

In einem zweiten Schritt betrachteten die Wissenschaftler deshalb die internationale Lastenteilung. Ko-Autor Nico Bauer erklärt: "Um die Kosten des Klimaschutzes gerecht zu verteilen, sollten Industrieländer Entwicklungsländer finanziell unterstützen." Laut der Studie würde bereits ein kleiner Teil der Einnahmen aus den Emissionspreisen (ca. 5%) der Industrieländer ausreichen, um die negativen Auswirkungen von Klimapolitik auch in Subsahara-Afrika mehr als auszugleichen. Diese finanzielle Transferleistung könnte zu einer Reduktion der globalen Armut um rund 45 Millionen Menschen im Jahr 2030 führen. "Die Kombination von nationaler Umverteilung der Einnahmen aus Emissionspreisen mit internationalen Finanztransfers könnte somit ein wichtiger Ansatzpunkt für eine faire und gerechte Klimapolitik in Entwicklungsländern sein", folgert Elmar Kriegler, Ko-Autor der Studie. "Dabei ist wichtig, auch über das Jahr 2030 hinauszuschauen und langfristig darauf hinzuwirken, extreme Armut zu beseitigen."